



Vor der Kommunalwahl:

Wie halten die Parteien es mit der Förderung des Radverkehrs?

Im Vorfeld der im Mai 2014 stattfindenden Kommunalwahl hat der ADFC Oberhausen den im Rat der Stadt Oberhausen vertretenen Parteien angeboten, in einem Gespräch die Perspektiven für den Radverkehr zu erörtern. Das Gesprächsangebot haben SPD, CDU, Grüne und die Linke Liste angenommen. Mit diesen Parteien wurden dieselben Fragen erörtert.

Die Ergebnisse der Gespräche wurden vom ADFC protokolliert und den Parteien zur Korrektur zugesandt. Die Reihenfolge, in der die Antworten dargestellt werden, erfolgt zufällig.

Im Mai werden die letzten Themen nachzulesen sein. Eine Kurzfassung aller Antworten ist in der „Rad im Pott“, Ausgabe 1/2014 abgedruckt.

1. Thema: Güterzugstrecke von Oberhausen nach Gladbeck zur Firma Pilkington auch Flachglasstrecke genannt

ADFC: Aus einer Meldung der WAZ (Lokalausgabe Gladbeck) vom 1. Oktober 2013 geht hervor, dass die Güterzugstrecke von Oberhausen nach Gladbeck zur Firma Pilkington (ehemals Flachglas AG) in Gladbeck bereits 2014 stillgelegt wird. Das Gleis führt, beginnend in Höhe des Gasometers in Oberhausen über den OLGA-Park und entlang des Osterfelder Zentrums zunächst zum Revierpark Vonderort. Von dort geht es durch den Bottroper Stadtgarten nach Bottrop-Eigen und endet an der Hegestraße in Gladbeck. Perspektivisch wäre auch eine Weiterführung nach Dorsten über Kirchhellen möglich. Eine derartige Nord-Süd-Verbindung zwischen Emscher und Lippe würde eine ganz neue Qualität der Radverkehrserschließung in diesem Teilraum darstellen.

Am Verlauf dieser Trasse liegen neben einigen Zentren und Ortsteilen mehrere Gewerbegebiete, Schulen und Krankenhäuser. Das bedeutet, dass eine solche Verbindung nicht nur für das Radfahren in der Freizeit geeignet ist, sondern auch Alltagsradfahrer/innen anspricht, die beruflich unterwegs sind, sowie Auszubildende und Schüler/innen.

Die Stadtverwaltung müsste den RVR auffordern, ein Konzept zu entwickeln, dass den Umbau dieser zukünftig stillgelegten Bahnstrecke zu einer regionalen Radwegeverbindung vorsieht. Die neue EU-Förderperiode ab 2014 (EFRE) stellt eine gute Ausgangsbasis dar, um ein solches Projekt auch finanzieren zu können. Können Sie sich dieser Initiative des ADFC anschließen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Grünen stehen voll hinter dem Ziel, die Trasse nach Stilllegung zum Radweg umzubauen. Gleichzeitig fordern sie einen hohen Qualitätsstandard, der sich an den Standard der vorgesehenen Radschnellwege in NRW anlehnen sollte. Die

Grünen in Oberhausen werden das Thema in den Landesarbeitskreis Verkehr der Grünen einbringen.

Linke Liste: Sie befürworten einen Umbau zur Radtrasse und erklärten sich bereit, im Rat eine entsprechende Initiative zu starten.

SPD: Der ADFC-Vorschlag findet die Unterstützung der SPD. Voraussetzung ist allerdings, dass der Güterverkehr auf der Strecke tatsächlich eingestellt wird und es hinsichtlich der Nachfolgenutzung keine Verkehrs- oder Flächenkonkurrenz gibt, die aber bisher nicht bekannt ist. Die Oberhausener SPD-Vertreter im RVR werden gebeten, sich für den Umbau zu einem regionalen Geh-/Radweg einzusetzen.

CDU: Die CDU präferiert, die Strecke als Güterbahnstecke zu erhalten. Nur wenn das nicht gelingt, befürwortet sie einen Ausbau zur Radtrasse, soweit es dabei keine Entwidmung als Bahnstrecke gibt.

2. Thema: Tempo 30 als Regel-Höchstgeschwindigkeit

ADFC: Zahlreiche Fakten und wissenschaftliche Erkenntnisse sprechen für Tempo 30 als innerstädtische Regelgeschwindigkeit. Insbesondere wird die Verkehrssicherheit verbessert, denn sowohl die Schwere der Unfälle als auch die Häufigkeit nimmt ab. Lärminderung und Luftreinhaltung sprechen ebenfalls für Tempo 30. Niedrige Geschwindigkeiten sind positiv für die Aufenthaltsqualität im Straßenraum und fördern automatisch Fuß- und Radverkehr. Das Sicherheitsempfinden der Radfahrenden wird positiv beeinflusst und nimmt vielen Menschen die Angst, das Rad im Alltag zu benutzen. Der ADFC fordert daher die Umkehrung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses zwischen Tempo 50 und Tempo 30, d.h. grundsätzlich gilt Tempo 30, die Einführung von Tempo 50 ist zu begründen. Wie bewerten Sie diese ADFC-Initiative?

Linke Liste: Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit entspricht voll ihren Zielen und wird auch in der Wahlkampfbroschüre der Linken Liste zu finden sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Tempo-30-Initiative wird nicht Bestandteil des Oberhausener Wahlprogramms der Grünen sein. Dagegen halten sie die Einführung weiterer Tempo-30-Zonen für den besseren Weg. Sie denken zusätzlich darüber nach, straßenbezogen 40 km/h zur vorgeschriebenen Geschwindigkeit zu machen.

SPD: Die SPD kann sich nicht vorstellen, dass eine solche Diskussion zurzeit erfolgreich geführt werden kann. Sie verweist auf die Tatsache, dass schon jetzt in fast allen Wohngebieten Tempo 30 vorgeschrieben ist.

CDU: Die CDU lehnt eine grundsätzliche Einführung von Tempo 30 ab. Sie befürwortet ein streckenbezogenes Tempo 30 und steht auch Tempo 30-Zonen kritisch gegenüber. Der Verkehr soll für andere Verkehrsmittel attraktiver gemacht werden, ohne den Autoverkehr bewusst deswegen zu behindern.

3. Thema: Elpenbachradweg

ADFC: *Am Elpenbach, der Osterfeld und Sterkrade durchfließt, könnte ein autofreier und landschaftlich schön geführter Radweg angelegt werden. Beginnend bei der Anhalter Straße wäre er parallel zur Bronkhorststraße über die Dinnendahlstraße zur Ausgrabungsstätte an der Antoniestraße zu führen. Danach ginge es weiter zur Elpenbachstraße bis er schließlich an der Harkortstraße mit Übergang in das Golfplatzgelände enden würde.*

Die jetzt vorhandenen Wege haben eine ausreichende Breite (meist 3m oder mehr), besitzen aber eine schlechte Oberflächenqualität (bröckeliger Asphalt, grober Schotter, fehlende Absenkungen, Schlaglöcher, schadhafte wassergebundene Decken). Ausgeschildert ist er noch als reiner Fußweg, die Schilder wurden jedoch vor mehr als 30 Jahren angebracht, ohne später überprüft zu werden.

Bereits mit geringem finanziellen Aufwand ließe sich der Weg für Radfahrer und Fußgänger gleichermaßen instand setzen. Damit wäre auch die St. Antony-Hütte mit ihrer Ausgrabungsstelle touristisch sowohl von Sterkrade als auch von Bottrop angenehm erreichbar. Aus Sterkrade gäbe zudem eine fahrradfreundliche Verbindung zum Erholungsgebiet Bottroper Stadtwald.

Würden Sie eine entsprechende Initiative starten?

CDU: Die CDU hat bisher schon mehrmals vergeblich zum Ausbau des Elpenbachradweges eine Initiative gestartet und wird es wieder tun. Am Neubaugebiet Schacht IV werden auf Privatinitiative des Investors Radwege gebaut, und die CDU hofft, dass die Stadt die Anschlüsse bauen wird.

SPD: Die SPD sieht darin einen sinnvollen Vorschlag. Deshalb wird sie die Verwaltung in geeigneter Weise fragen, in welchem Zustand sich der Weg befindet, ob akute Mängel schnell behoben werden können und welche Kosten bei einer Sanierung entstehen. Gegebenenfalls muss die Wegesanie rung über mehrere Jahre „gestreckt“ werden. Die Freigabe als gemeinsamer Fuß- und Radweg wird grundsätzlich befürwortet.

Linke Liste: Sie findet die Idee des ADFC zum Elpenbachradweg gut und will sich sowohl für den Ausbau des Weges und die Ausschilderung als Fuß- und Radweg einsetzen..

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grundsätzlich betrachten die Grünen den Vorschlag des ADFC als eine gute Idee, die vorhandenen Wege am Bachlauf zum Geh- und Radweg auszubauen. Allerdings brauchen sie für eine abschließende Bewertung noch Zeit für eine wohlwollende Prüfung.

4. Thema: Stadtradeln

ADFC: *„Stadtradeln“ ist eine Initiative des Klima-Bündnisses, ein Netzwerk von Städten, Gemeinden und Landkreise zum Schutz des Weltklimas, die 2013 zum 6. Mal stattfand. Es*

ging darum, die BürgerInnen zu motivieren, möglichst viele Kilometer mit dem Rad, statt mit dem Auto, zurückzulegen und so CO² einzusparen. Zu den teilnehmenden Ruhrgebietsstädten gehörten Essen, Gelsenkirchen, Bottrop und Gladbeck. Schon vor Beginn des Wettbewerbs wurde in der lokalen Presse in zahlreichen Artikeln von der Aktion berichtet, die zwischen dem 29.6. und dem 19.7. stattfand. Alle vier Städte ließen sich aufwendige Aktionen einfallen, um viele Bürger/innen zur Teilnahme zu animieren. Endlich sah man auch die Oberbürgermeister/den Bürgermeister radelnd durch ihre Städte fahren.

Unterstützen Sie eine Beteiligung Oberhausens 2014? Können Sie sich vorstellen, dass Ihre Partei dann ein eigenes Team bildet?

Linke Liste: Das Stadtradeln ist eine gute Aktion. Sie wird im Rat einen Antrag zur Teilnahme der Stadt für 2014 stellen, wenn der Oberbürgermeister die schriftliche Anfrage des ADFC zur Teilnahme ablehnt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Grünen begrüßen grundsätzlich die Initiative, da sie genau zur Zielsetzung der Partei passt, nämlich die Nahmobilität zu fördern. Sie werden sich bemühen, eine Teilnahmeerklärung für 2014 im Rat der Stadt herbeizuführen, mit der die Stadtverwaltung beauftragt werden kann, die Teilnahme vorzubereiten.

CDU: Die CDU wird das Stadtradeln unterstützen, einem Antrag einer anderen Partei beitreten oder auch einen interfraktionellen Antrag unterstützen.

SPD: Die SPD unterstützt grundsätzlich Aktivitäten und Aktionen, die den Bürgerinnen und Bürgern das Radfahren insbesondere auch im Alltag nahebringen und kann sich dabei u. a. auch eine Aktion wie das Stadtradeln vorstellen; vorausgesetzt, die Verwaltung verfügt über die finanziellen und insbesondere personellen Ressourcen.

5. Thema: Masterplan Radverkehr

ADFC: *In einem Masterplan Radverkehr werden die grundsätzlichen Ziele für die Radverkehrsförderung der kommenden Jahre dargestellt. Dabei geht es nicht nur um konkrete Mängel bei der Radverkehrsführung in Oberhausen, sondern um Perspektiven für die weitere Radverkehrsförderung. Entsprechend den Forderungen des Nationalen Radverkehrsplans (<http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/nrvp2020/>) ist ein Kommunalradverkehrsplan zu formulieren. Ziel ist die Umsetzung der von der Bundesregierung angestrebten Erhöhung des Radverkehrsanteils bis 2020 um 50 Prozent. Deshalb sollte Radverkehrsförderung auch in Oberhausen eine breit getragene gesellschaftliche und politische Selbstverständlichkeit darstellen. Aufgaben für die Kommune bestehen sind vor allem besondere Infrastrukturangebote sowie das Radfahren fördernde Aktionen wie das Stadtradeln.*

Der Masterplan sollte möglichst konkrete Maßnahmen enthalten, die mit Zeit-Zielen verbunden sind. Würden Sie einen solchen Masterplan von der Verwaltung einfordern?

CDU: Die CDU erklärt sich bereit, für einen Masterplan Radverkehr im Rat einen Antrag zu stellen, da sie hinter dem Ziel steht, mehr Anreize fürs Radfahren zu schaffen. Inhaltlich gehört für die CDU u.a. dazu, parkende Autos von den Radwegen zu entfernen, da sie den fließenden Radverkehr behindern, die Pflege der Rad-Fahrbahnflächen – inklusive Freischnitt – auszubauen und an sie die gleichen Anforderungen wie an die Pflege der Autostraßen zu stellen.

Linke Liste: Sie vermisst ein umfassendes Konzept zur Förderung des Radverkehrs i.S. eines Masterplans. Sie wird im Rat initiativ werden und die Verwaltung auffordern, ein solches Konzept baldmöglichst vorzulegen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Statt eines Masterplan Radverkehrs wünschen sich die Grünen einen Masterplan Mobilität aller Verkehrsarten zur Ablösung des noch gültigen Verkehrsentwicklungsplans, der auch eine umfassende Analyse des Radverkehrs und der Fußgängerverkehre beinhalten soll.

SPD: Grundsätzlich ist es aus Sicht der SPD besser, realisierbare Maßnahmen zu vereinbaren und umzusetzen, als ein Papier mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, die sich anschließend aus den verschiedensten Gründen nicht umsetzen lassen. Schon seit vielen Jahren betreibt die Stadt Oberhausen aktive und pragmatische Radverkehrsförderung. Darüber berichtet die Verwaltung regelmäßig in den politischen Gremien. Bereits jetzt werden bei verschiedenen Vorhaben Zeit-Ziel-Vorgaben gemacht. Im Rahmen des Verlängerungsantrages zur AGFS im Jahr 2015 werden die erreichten Ziele im Radverkehr und die weiteren Planungen dargestellt werden. Es ist dabei erstrebenswert, dies so zu formulieren, dass die Fortentwicklungen im Radverkehrsbereich in einer Art Controlling-System überprüft werden können

6. Thema: Diensträder bei der der Stadtverwaltung

ADFC: Das metropolradruhr ist ein vom Bundesverkehrsministerium gefördertes Modellprojekt zur Verbreitung von Leihrädern. Sie können auch in Oberhausen ausgeliehen und an jeder beliebigen metropolradruhr-Station wieder abgegeben werden.

Da auch die Stadt Oberhausen in der Pflicht steht, den CO2-Ausstoß und die Feinstaubbelastung zu reduzieren, bietet sich hier eine gute Gelegenheit, Worten auch Taten folgen zu lassen, indem man den Mitarbeitern/innen die Möglichkeit bietet, Dienstgänge auch mit Leihrädern durchzuführen. metropolradruhr-Stationen befinden sich an wichtigen Verwaltungsgebäuden (Rathaus, Techn. Rathaus, Concordiagebäude) und vielen anderen Stellen im Stadtgebiet, so dass die schnelle Verfügbarkeit der Räder gesichert ist.

Der ADFC Oberhausen schlägt deshalb vor, dass die Stadtverwaltung Oberhausen auch für andere Betriebe in der Stadt ein positives Umweltsignal setzt und den Mitarbeitern/innen das Angebot macht, statt des privaten PKW ein Mietrad von metropolradruhr für Dienstfahrten zu nutzen. Können Sie den Vorschlag des ADFC unterstützen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Diese Forderung unterstützen die Grünen zu 100 Prozent. Sie verweisen auf die Stadt Münster, die durch ein Mix von Verkehrsarten zur Durchführung von Dienstfahrten viel Geld spart.

CDU: Die CDU unterstützt die Idee von Diensträdern grundsätzlich, möchte aber auch die Radstation einbeziehen. Sie wird einen Antrag zu Diensträdern stellen, ohne einen Weg vorzuschlagen.

SPD: Die SPD hält es für eine sinnvolle Idee, Dienstgänge mit dem Leihradsystem Metropolradruhr durchzuführen. Die SPD geht davon aus, dass dies auch Bestandteil des betrieblichen Mobilitätsmanagement der Stadtverwaltung sein wird, das in Kürze vorgestellt wird.

Linke Liste: Sie wird dazu eine kleine Anfrage im Rat stellen.

7. Thema: Durchgängigkeit der Nord-Süd-Verbindung "Jacobie-Trasse"

ADFC: *Diese ehemalige Bahntrasse ist für den Radverkehr eine der wichtigsten und beliebtesten Nord-Süd-Verbindungen in Oberhausen. Im Bereich des CentrO (Platz der guten Hoffnung) kommt es durch Veranstaltungen häufig zu massiven Behinderungen des Radverkehrs. Gelegentlich werden, selbst langsam fahrende Radfahrende, vom CentrO-Sicherheitsdienst zum Absteigen gezwungen. Nach unserem Kenntnisstand ist dieser Abschnitt des Weges durch "öffentliche Widmung" als Verkehrsfläche für den Fuß/Radverkehr frei zu halten.*

Der ADFC erwartet bei einer "Sondernutzung" der Flächen durch das CentrO-Management eine Verpflichtung zur Durchlässigkeit für den Radverkehr. Gefährdungen durch Bodenschwellen etc. sind zu vermeiden bzw. durch entsprechende flache Rampen zu entschärfen. Gegeben falls ist eine nahe Umleitung z.B. entlang der Begrenzungsmauer zur König-Pilsener Arena einzurichten

Linke Liste: Die Klärung des Wegerechts bei Großveranstaltungen wie dem Weihnachtsmarkt ist notwendig. Hierzu wird sie eine kleine Anfrage stellen und die Antwort dem ADFC zur Verfügung stellen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Grünen sagten zu, sich um eine Klärung der rechtlichen Verhältnisse für die Verkehrsführung über den Platz der Guten Hoffnung zu bemühen.

CDU: Die CDU ist bereit, einen Antrag zu stellen, um die Verwaltung zu beauftragen, das Wegerecht zu klären.

SPD: Die Problematik, insbesondere während des Weihnachtsmarktes (3 Monate incl. Auf- und Abbau) ist bekannt. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Leitung des Baudezernates das Gespräch mit dem CentrO.-Management sucht, um eine Klärung herbeizuführen